Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 122. Sonnabend, 26. Mai 1928, abends. 81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 4 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Pfingstferien in der Politik.

Am Donnerstag abend sind die Führer zweier Parteien noch zusammengekommen, um die durch den Ausgang der Wahlen vom 20. Mai geschaffene Lage zu besprechen. Die Parteileitung der Deutschnationalen bereitete gleichzeitig eine Sitzung der Parteivertretung vor. Die Mitglieder der neu gewählten deutschnationalen Reichstagsfraktion werden erst nach Pfingsten, und zwar erst am 11. Juni zusammenkommen. Auch der große Vorstand der Wirtschaftspartei beriet am Donnerstag abend, er konnte aber zur Neubildung der Regierung nicht Stellung nehmen, weil das Sache der Reichstagsfraktion sein wird. Auch die Fraktion der Wirtschaftspartei wird erst nach Pfingsten zusammenberufen werden.

Vor den Feiertagen ist nicht einmal eine Vorfühlungnahme der Parteiführer möglich. Eine der wichtigsten politischen Persönlichkeiten, der Vorsitzende der Reichstagsfraktion des Zentrums, Abg. v. Guérard, hatte in der Südschweiz Erholung von schwerer Krankheit gesucht und einige Wochen zusammen mit Reichskanzler Dr. Marx am Lago maggiore zugebracht. Herr von Guérard ist jetzt nach Italien gereist und will in den nächsten Tagen den Papst aufsuchen. Erst Anfang Juni wird er nach Berlin zurückkehren. Vorher können also auch keine Parteiführerbesprechungen stattfinden.

Außenminister Dr. Stresemann befindet sich zwar auf dem Wege der Genesung, er kann aber das Bett noch nicht auf längere Zeit verlassen. Die Verhandlungen über die Neubildung der Regierung werden natürlich nicht ohne ihn geführt werden können. Jedenfalls hat Dr. Stresemann die Absicht, bis zum Zustandekommen eines Kabinetts, mindestens aber bis Mitte Juni, in Berlin zu bleiben. Dann jedoch will er sofort ein Sanatorium und später einen Badeort aufsuchen und den ganzen Sommer über im Urlaub bleiben. Im September will Dr. Stresemann allerdings wieder persönlich an der Tagung des Völkerbundes in Genf teilnehmen. Die Ratstagung im Juni dürfte Staatssekretär von Schubert für Deutschland wahrnehmen.

Wenn bei dieser Lage der Dinge vor Pfingsten auch keine Schritte mehr zur Anbahnung von Verhandlungen über die Bildung des Reichskabinetts zu erwarten sind, so läßt sich doch heute schon übersehen, daß alle überhaupt irgendwie in Betracht kommenden Parteien zum mindesten zu Verhandlungen bereit sind. Auch die Wirtschaftspartei des Deutschen Mittelstandes, die zwar zur Mehrheitsbildung im Falle eines Zustandekommens der Großen Koalition nicht unbedingt notwendig ist, deren Beteiligung aber von den anderen bürgerlichen Mittelparteien offenbar sehr gern gesehen würde, weil dadurch das große zahlenmäßige Uebergewicht der Sozialdemokratie in der Koalition vermindert werden könnte, würde eine Einladung zu Verhandlungen über die Große Koalition, wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger aus maßgebenden Kreisen der Wirtschaftspartei hört, nicht von vornherein und grundsätzlich ablehnen. In Sachsen und in Thüringen ist ja diese Partei schon seit längerer Zeit ein Teil der Regierungskoalition. Auch im Reiche hat sie eine Zeit lang die Regierung der Mitte, die ohne die Wirtschaftspartei keine Mehrheit gehabt haben würde, durch ihre Unterstützung regierungsfähig gemacht, ohne allerdings koalitionsmäßige Bindungen einzugehen. Wie wir hören, geht die Meinung in der Wirtschaftspartei dahin, daß die Mitarbeit in einer Regierung wesentlich abhängig zu machen ist von dem Programm des Kabinetts, namentlich von den tatsächlichen Gesetzesvorlagen, die es einzubringen gedenkt oder einbringt. Eine endgültige Stellungnahme ist aber auch bei dieser Partei selbstverständlich erst nach dem Zusammentritt der neugewählten Reichstagsfraktion zu erwarten.

Das amtliche Wahlergebnis in Ostsachsen.

In einer öffentlichen Sitzung des Wahlkreisausschusses im 28. Wahlkreis Dresden-Bautzen wurde am Freitag nachmittag das Ergebnis der Reichstagswahl in diesem Kreise amtlich festgestellt. Wesentliche Veränderungen haben sich dabei gegen die in der Nacht zum Montag bekanntgegebenen vorläufigen Zahlen nur herausgestellt bei den Nationalsozialisten, die rund 1000 Stimmen weniger, und bei den Demokraten, die rund 1000 Stimmen mehr erhalten. An der Mandatszuteilung ändert sich nichts. Das Ergebnis lautet wie folgt:

Sozdem. V. D.	400 502
Deutschnat. Vp.	117 991
Zentrum	13 984
Deutsche Vp.	112 150
Kommun. V. D.	105 877
D. Demokr. V.	62 657
Mittelst.- (Wirtsch.-) V.	80 624
Natios. D. Arb.-V.	18 245
Deutsche Bauernp.	1 234
Völk.-nat. Block	2 059
Christl.-nat. Bauern- u. Lp.-P.	1 421
Volksrecht- (Aufw.-) V.	15 361
Alte Sozdem. V.	17 263
Wendische Vp.	2 789
Deutschsoz. V.	1 562
Christl.-Soz. Rg.	1 982
Sächs. Landvolk	61 915
Unabh. Soz. V.	1 269
Grund- u. Hausbes.-V.	2 564
Poln. Vp.	745
Volksblock der Sozial.-Reich.	3 154

Erneutes schweres Flugzeugunglück im Rheinland.

Düsseldorf. (Funkspruch.) Das Verkehrsflugzeug der Deutschen Lufthansa, D 583, das heute früh 7.40 Uhr in Dortmund zum Fluge nach Frankfurt aufgestiegen war, ist 8.15 Uhr bei Radevormwald (Kreis Lennep) abgestürzt, wobei es in Brand geriet. Der Pilot und 2 Passagiere kamen ums Leben, 1 Passagier wurde verletzt, während ein weiterer Passagier unverletzt blieb. Die Leichen der Getöteten sind vollkommen verbrannt. Ueber die Ursache des Unglücks konnten noch keine Feststellungen getroffen werden.

Die Opfer des Flugzeugunglücks.

Berlin. (Funkspruch.) Nach hier eingetroffenen Nachrichten sind die Namen der bei dem Flugzeugabsturz bei Elberfeld tödlich Verunglückten folgende: Pilot Hofmann, Herr Lippert, Dortmund und Herr Runge, Dortmund. Der verletzte Passagier ist ein Herr Hummereich aus Essen.

Noch keine Landungsmeldung von der „Italia".

* Kingsbay, 26. Mai. (Tel.) Nach einem offiziellen Funkspruch der „Citta di Milano" von 0.15 Uhr ist seit Freitag morgen 10.27 von der „Italia" keine Funkmeldung mehr eingelaufen, und es ist auch nicht bekannt, welche Richtung das Luftschiff eingeschlagen hat. Das Hilfsschiff ist augenblicklich eifrig dabei, den Kohlenvorrat zu ergänzen, um für eine Hilfsexpedition gerüstet zu sein. Wenn auch der Funkspruch der „Citta di Milano" betont, daß vorläufig noch kein Grund zur Besorgnis vorhanden ist, so geht doch aus den Maßnahmen des Expeditionsschiffes hervor, daß mit einer Notlandung der „Italia" gerechnet wird, da das Luftschiff nur beschränkte Benzinvorräte an Bord hat und bereits bei Eintreffen der letzten Funkmeldung, um 10.27 Uhr, 14 Stunden überfällig war.

Rückkehr der Bremen-Flieger nach Newyork.

)(Newyork. Die Bremen-Flieger sind von ihrer Rundreise durch die amerikanischen Städte hierher zurückgekehrt. Sie haben sich, um auszuruhen, auf einen Landsitz zurückgezogen, dessen Name nicht bekannt gegeben wird, und beabsichtigen, bis zu ihrer für den 9. Juni geplanten Abreise nach Deutschland dort zu bleiben.

Weitere Stimmen zum Kolmarer Urteil.

„O Straßburg ...!"

Die Pariser Pressestimmen, die das in Colmar gefällte französische Schandurteil kommentieren, verzeichnen nur zum allergeringsten Teile Andeutungen darüber, daß dort im „befreiten" Elsaß von den Eroberern vielleicht auch etwas falsch gemacht sein könnte, seitdem Clairons und Geschwindschritt der Voilus wieder in Straßburg ertönen. Die überwiegende Mehrheit der Pariser Blätter äußert sich zu dem letzten Akt jener skandalösen Justizkomödie mit einem Zynismus, dessen Quelle nicht etwa nur in der gänzlichen Unwissenheit des Franzosen von Wesen und Art Elsaß-Lotbringens liegt. Vielmehr ist dieser Zynismus begründet in dem haßerfüllten Wissen um die nun einmal nicht aus der Welt zu schaffende Tatsache, daß es sich bei diesen dickschädeligen Elsässern, sie mögen nun bei Frankreich bleiben wollen oder nicht, auf alle Fälle um Menschen deutscher Abstammung, deutscher Art und deutscher Zunge handelt. Was ist kennzeichnender für diesen verlogenen Prozeß, als Tatsachen wie etwa die, daß der französische Gerichtsvorsitzende vom ersten bis zum letzten Tage bei der Leitung der Verhandlungen die Angeklagten in jeder nur erdenklichen Weise schikanierte, daß er die Verteidigung in jeder Weise zu behindern, ja, oft genug einfach auszuschalten versuchte, daß er den Angeklagten und Verteidigern immer dann, wenn die Grande Nation wieder einmal blamiert zu werden drohte, das Wort entzog; daß er den Belastungszeugen, die nichts, aber auch gar nichts Stichhaltiges vorzubringen wußten, durch Suggestivfragen beizuspringen versuchte und daß er schließlich, gehorsam allen von Paris aus gegebenen Weisungen, dafür sorgte, daß der nicht minder gehorsame Gerichtshof alle Beweisanträge der Verteidigung bei der entscheidenden Verhandlung verwarf und alle Anträge des lächerlich hilflosen Generalstaatsanwalts annahm. All dies aber spiegelt den Geist, in dem dieser Prozeß von den Kreaturen der Eroberer geführt wurde, nicht so klar wieder wie die einzige Tatsache, daß der berüchtigte Polizeispitzel Riehl es in jenem Saale, in dem Hunderte von Elsässern der erbärmlichen Komödie beiwohnten, es wagen durfte, das Schimpfwort „boche" mit Bezug auf die Angeklagten und die von ihnen vertretenen Autonomiebestrebungen zu gebrauchen, ohne daß der Vorsitzende es für nötig fand, einzugreifen!

Dies alles in einem Prozeß, in dem zwei der Hauptangeklagten Prof. Rosse und Ricklin, aus den Zellen des französischen Gefängnisses heraus zu Deputierten der französischen Kammer gewählt worden waren. Schon sind eifrige Wühler in der Pariser Presse dabei, die Meinung zu verbreiten, daß für die beiden Verurteilten Neuwahlen stattfinden müßten, und es heißt diese schmähliche Mache nur unterstützen, wenn de Monzie schreiben läßt, die Entscheidung darüber müsse der Kammer vorbehalten bleiben. Zunächst einmal ist diesem üblen Verfahren durch die bereits eingereichte Berufung der Verurteilten ein Hemmschuh angelegt worden. Im übrigen mag Frankreich seine Unterdrückungspolitik, die letzten Endes eine Politik unbegreiflicher Dummheit ist, im Rheinland, an der Saar weitertreiben — es kann der deutschen Sache keinen besseren Dienst tun. Es werden einmal die Tage kommen, in denen diese Gebiete, das eine früher, das andere später, den Chauvinisten an der Seine die Quittung über ihre „Erfolge" überreichen werden.

•

Die elsässische Presse und Kolmar.

* Paris. (Tel.) Die Blätter bringen elsässische Pressestimmen über den Autonomistenprozeß, die trotz ihrer außerordentlich-tendenziösen Auswahl des Interesses nicht entbehren. Der „Elsässische Kurier" vergleicht den Prozeß mit der Cabern-Affäre, doch bliebe letztere in welthistorischer Bedeutung weit hinter dem Prozeß zurück. Man könnte behaupten, daß niemals jemand der Sache Frankreichs im Elsaß mehr geschadet hätte als die Dummköpfe, die den Prozeß eingeleitet hätten und die Mehrzahl der Geschworenen, die dieses beschämende Urteil gefällt hätten. Frankreich möge ihnen seinen Dank aussprechen, das elsässische Volk jedoch werde ihnen den Dank abstatten, den sie verdienten. Das Blatt „Nouvelliste", das gleichfalls Abbé Haegy gehört, beendet seine Ausführungen mit folgenden Worten:

„Sicherlich habe man den Eindruck, daß die Stunde der Vergeltung und des Hasses beginnen werde. Statt ein Ruhmestag zu sein, wäre es ein Unglückstag in der Geschichte des Elsaß. Die letzten Nachrichten von Kolmar ließen hoffen, daß die Absicht der Geschworenen, ein beruhigendes Urteil zu fällen, verstanden werden möge."

Der katholische „Elsässer" bezeichnet das Urteil gleichfalls als beschämend. Er schreibt: „Dieselben Dummheiten, die die deutsche Regierung einst begangen hätte, wiederholten sich heute. Das Problem bestehe in dem Zwiespalt zwischen dem System der Zentralisierung und dem System der örtlichen Verwaltung. Wenn nicht bald eine gerechte Lösung gefunden werde, so sei zu befürchten, daß es eines Tages ein schreckliches Erwachen geben werde.

Die in französischer Sprache erscheinende Presse weiß sich jedoch ohne Ausnahme mit dem Kolmarer Urteilsspruch einverstanden.

•

Die deutsche Beurteilung des Autonomistenprozesses und die französische Presse.

* Paris. (Tel.) Die Stellungnahme der deutschen Presse zum Kolmarer Prozeß, die in den Pariser Blättern in aller Breite wiedergegeben wird, hat große Erregung in Paris hervorgerufen. Die Ausführungen der „Germania" und der „Täglichen Rundschau" werden mit dem Vorwurf zurückgewiesen, daß man sich in Deutschland nicht in die französischen Verhältnisse einmischen dürfe. Auch die Nachmittagspresse bringt eine Reihe von Aeußerungen zum Kolmarer Prozeß, die sich nicht wesentlich von den Stimmen der Vormittagsblätter unterscheiden.

Im Mittelpunkt des Interesses steht die Frage, ob die Wahl Ricklins und Rosses gültig sei und ob die beiden Abgeordneten der neuen Kammer angehören würden. Die Entscheidung müsse von der Kammer selbst gefällt werden. Das „Journal de Debats" ist der Auffassung, daß die verurteilten Abgeordneten ihres Mandates verlustig seien. Ein Erlaß vom 2. Februar 1852 besage, daß jeder Abg. seines Mandates verlustig sei, der während seiner Mandatsdauer wegen eines schweren Verbrechens verurteilt worden sei. Eine Verschwörung sei auch ein derartiges Verbrechen. Es sei daher die Aufgabe des Justizministers, dem Präsidenten der Kammer die Unterlagen zu unterbreiten, sobald das Kolmarer Urteil rechtskräftig geworden und die Berufung verworfen sei. Der „Intransigeant" bemerkt, daß Ricklin und Rosse Strafaufschub erhalten würden, bis ihre Berufungsklage erledigt sei. Bei der Behandlung der Angelegenheit durch die Kammer würde die Regierung sicherlich nicht verfehlen, sich selbst zu äußern und die Verantwortung auf sich zu nehmen.

Der Abgeordnete von Hagenau, Michel Walther, hat dem Kammerpräsidenten den Beschluß unterbreitet, die Kammer möge gemäß Art. 14 des Gesetzes von 1875 beschließen, daß die Abg. Ricklin und Rosse für die Dauer der Parlamentssession sofort in Freiheit gesetzt werden. Damit hat Walther die Behandlung der Angelegenheit durch die Kammer sofort nach ihrem Zusammentritt notwendig gemacht.